

Spanien

ESTHER BARBÉ

Die konservative Regierung Aznars hat während des letzten Jahres das Ziel verfolgt, ein eigenes Bild sowohl im europäischen wie im internationalen Umkreis zu erzeugen, das sie von der Regierung Gonzáles klar unterscheidet. Der traditionelle Konsens zwischen den beiden großen Parteien, der sozialistischen PSOE und der konservativen PP, begann auf dem Gebiet der Außen- und Europapolitik zu bröckeln. Die PSOE hat sich in ihrer politischen Einstellung bei verschiedenen Themen von der Regierungspolitik abgegrenzt. Hinzu kommen PSOE-interne Veränderungen: (1) der Rücktritt von González als Parteichef im Juni 1998, was die Ernennung von Joaquín Almunia als Generalsekretär bewirkte; (2) die Niederlage von Joaquín Almunia, der bei der partei-internen Wahl zum Kandidaten für den Premierminister gewählt werden sollte. Die Wahl fiel schließlich auf Josep Borrell.

NATO: das Ende der Exzentrizität

Während des NATO-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Madrid im Juli 1997 hat die spanische Regierung ihren Wunsch nach einer völligen Eingliederung in der aus der Reform resultierenden militärischen Struktur der NATO geäußert.

Spanien war Ende 1997 sehr aktiv bei der Erhaltung des Friedens in Europa, mit einer Truppenstärke von 1.500 Soldaten in Bosnien und 325 in Albanien. Auf diese Weise hat Spanien sein Partizipationsmodell für die Struktur der europäischen Sicherheit definiert und sich für die völlige Eingliederung in der neuen militärischen Struktur der NATO entschieden. Nun aber hat Spanien als Urheber der Reform verschiedene Forderungen gestellt: Zunächst bat Spanien um die Errichtung einer NATO-Kommandantur in Spanien. Auf diesem Gebiet rechnete Spanien mit der Unterstützung der USA.¹ Die spanische Forderung hatte aber von Anfang an zwei Probleme aufgeworfen.

Erstens verstieß die spanische Forderung gegen die Interessen Portugals, denn Spanien verlangte, daß das ganze spanische Territorium, einschließlich der Kanarischen Inseln, von der in Spanien aufgestellten Kommandantur abhängen sollte. Dies würde bedeuten, daß das Seegebiet (Seekorridor zwischen der Halbinsel und den Kanaren), das bis jetzt von dem Saclant Kommando kontrolliert würde, der neuen spanischen Kommandantur untergeordnet sein würde.

Zweitens hielt Spanien das Ende des Gibraltar-Kommandos "Gibmed" für notwendig, denn die Logik der Reform verlangt die Beendigung von allen Kommandos der vierten Kategorie, wie beispielsweise Gibraltar. Dies bedeutet, daß die Kommandantur in Spanien die Meerenge kontrollieren würde. Das Vereinigte Königreich sah die Dinge anders und verlangte das Ende der von Spanien einge-

fürten See- und Luftrestriktionen für Gibraltar, im Tausch gegen die Beendigung von "Gibmed".

Strebte die spanische Regierung während des Madrider Gipfels am 8./9. Juli 1997 noch nach einer Verabschiedung einer gewichtigen „Entscheidung“ zur Eingliederung in die neuen militärischen Struktur, schrumpfte dies schließlich gegen Ende des Gipfels zu einer schüchternen „Bereitschaft“, an den neuen militärischen Strukturen voll teilzunehmen.

Die Probleme der spanischen Eingliederung liegen im Kontext des spanisch-britischen Streitfalles um Gibraltar begründet. Der Madrid-Gipfel war das Szenario für diesen Streitfall. Schon am Anfang des Gipfels verkündete Robin Cook sein Veto für die Eingliederung Spaniens in die neuen militärischen Strukturen, falls es nicht zulassen würde, daß der britische Luftverkehr vom Flughafen Gibraltar frei operieren könnte. Die spanische Verweigerung beruht auf den Verhandlungen über die Hoheit der Felskuppe Gibraltar und auf der Tatsache, daß der Flughafen auf einem Gebiet (eine Landenge, die Gibraltar mit der Halbinsel verbindet) gebaut wurde, das nicht von Spanien abgetreten, sondern eher widerrechtlich von England an sich gerissen wurde. Während des Gipfels erreichte Spanien nicht, daß die abschließende Erklärung die Errichtung einer Kommandantur im spanischen Gebiet mit aufführte, auch wenn das Design der neuen militärischen Struktur zu diesem Zeitpunkt noch nicht vollendet war.

Portugal und Spanien kamen im September zu einer Vereinbarung, gemäß der Portugal seine Kommandantur im Zugangskorridor bis zu den Kanaren beibehält. Die Kommandantur Spaniens erweitert ihre Kontrolle nach Westen und Süden der Halbinsel, so daß der östliche Zugang zu Gibraltar von der neuen Kommandantur Spaniens, in Zusammenarbeit mit dem portugiesischen Subkommando, kontrolliert wird. Das britisch-spanische Problem war jedoch vielschichtiger: Einen Tag vor dem Atlantischen Rat in Brüssel hatte Großbritannien sein Veto gegen die Aufstellung einer Kommandantur in Spanien eingelegt. Schließlich zog Großbritannien sein Veto gegen Spanien jedoch wieder zurück. Obwohl die neue militärische Struktur verabschiedet worden ist, hat Großbritannien verkündet, daß es ein Veto gegen den Ausstattungsentwurf für diese Struktur, der im Dezember 1998 verabschiedet werden soll, einlegen wird. Spanien seinerseits verkündete, daß seine Restriktionen für den Flughafen nur bei reinen NATO-Angelegenheiten aufgehoben werden. Trotz britischer Drohungen hat Spanien mit der Errichtung der neuen Kommandantur in Madrid begonnen, allerdings mit nationalen Geldmitteln. Die Entscheidung der spanischen Regierung für die neue militärische Struktur wurde im Parlament von allen Parteien ratifiziert, mit Ausnahme von der Partei la Izquierda Unida, die eine Verletzung des Referendums von 1986 konstatierte. Das Thema NATO hat in der spanischen Öffentlichkeit jedoch insgesamt an Relevanz verloren. Das zeigt sich bei einer Befragung, bei der 41,4% der Befragten gleichgültig reagierten oder keine Kenntnisse darüber besaßen. Nur 38,9% der Befragten stimmten für die Eingliederung und 19,6% waren dagegen.²

Überseeische Beziehungen

Im Bereich der internationalen Politik hat sich die Regierung Aznars während des letzten Jahres verstärkt an die USA angelehnt. Durch die Machtübernahme der Konservativen in der spanischen Regierung hat man einen eindeutigen Bruch mit der PSOE beobachten können, der sich im Rahmen der Kubapolitik während dieses letzten Jahres vertiefte.

Für die spanisch-kubanischen Beziehungen stellte das Jahr 1998 ein wichtiges Datum dar: Vor 100 Jahren, im Jahr 1898, endete die spanische Kolonialherrschaft in Kuba. Aus diesem Grund erwarteten viele gesellschaftliche Schichten den Besuch des spanischen Königs, denn Kuba ist das einzige iberoamerikanische Land, das der König noch nicht besucht hat.

Trotz spanischer ökonomischer Interessen in Kuba und der beeindruckenden Übertragung des Besuches von Papst Johannes Paul II in Kuba durch das spanische öffentlich-rechtliche Fernsehen, hat die Regierung Aznar die Ernennung eines neuen Botschafters in La Habana, dessen Stelle seit 1996 unbesetzt war, bis April 1998 verzögert. Die Regierung Aznars hat die spanisch-kubanischen Beziehungen ideologisiert und zu einem Paradigma seiner Außenpolitik gemacht, eine Politik, deren „wesentliche Züge die Verteidigung der Freiheiten und die Förderung der Beziehungen zwischen demokratischen Regimen sind“.³ Aznar hat Kuba die Logik „des konstruktiven Dialoges“, die González eingeführt hatte, verweigert, obwohl er sie bei anderen Fällen weiter anwendet, beispielsweise in China.⁴

Die Annäherung zwischen der Regierung Aznar und den USA hat sich gerade während der Irak-Krise bemerkbar gemacht. Im November 1997 und im Februar 1998 hat die spanische Regierung ohne Bedenken die US-amerikanische Richtung eingeschlagen. So stimmte Spanien zusammen mit der angelsächsischen Allianz (USA, UK, Australien und Kanada) einer militärischen Intervention zu und stellte dem amerikanischen Heer seine Basis zur Verfügung. Die Haltung der Regierung, die erst durch bestimmte Aussagen von Blair bei der BBC in Spanien bekannt wurde, löste große Polemik aus. Vor der Reaktion der parlamentarischen Kräfte gab Aznar zu verstehen, daß die Alliierten Spaniens bei dieser Krise nicht Italien oder Frankreich, sondern die USA seien.⁵ Daraus ergaben sich zwei Folgen:

- außenpolitisch eine neue Stellung Spaniens nach dem rekursiven Bruch zwischen den USA und Frankreich auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit;
- innenpolitisch, der Alleingang der Regierung bei der Ausarbeitung einer Außenpolitik, und das gerade zum Zeitpunkt einer internationalen Krise. In der Tat war die Partei Aznars die einzige, die sich für den Gebrauch von Gewalt in der irakischen Krise eingesetzt hatte, dieses Mal sogar ohne die traditionelle parlamentarische Unterstützung der nationalistischen Parteien.⁶

Spanien, ein Sonderfall

Die Ergebnisse des Europäischen Rates in Amsterdam wurden von Aznar als „angemessen positiv und fortschrittlich für die europäische Architektur“⁷ bezeichnet. In diesem Sinne betonte der Premierminister die spanischen Beiträge zu den Ergeb-

nissen in Amsterdam und insbesondere zur Reform des Vertrages. Dabei waren in der Regierungskonferenz für die spanischen Unterhändler drei Themen von Bedeutung: die Reform der Institutionen, die Regulierung des politischen Asylrechtes auf EU-Ebene und die Anerkennung der Besonderheiten der Regionen in der Peripherie (Kanaren). In bezug auf die Reform des Vertrages verfaßte das spanische Parlament einen Bericht, der die Einstellung aller Parteien, außer der Partei Izquierda Unida,⁸ beinhaltete. So kann man bezüglich der Reform von einem umfassenden Konsens auf innenpolitischer Ebene sprechen. Die Unterschiede zwischen den Parteien beziehen sich eher auf die Bewertung des Gipfels in Amsterdam. Gegenüber den Erfolgen, die Aznar betonte, sprach der Sozialist Joaquín Almunia von enttäuschenden Ergebnissen.⁹

Bezüglich der institutionellen Reform befürwortete Spanien eine deutliche Unterscheidung gemäß den Bevölkerungszahlen, um so das Ungleichgewicht zwischen Klein-, Mittel- und Großstaaten berichtigen zu können.¹⁰ Das Thema der institutionellen Reform war das einzige Thema, bei dem die spanischen Unterhändler wenige Tage vor dem Gipfel von Blockaden sprachen, falls die Forderungen des Landes nicht erfüllt würden. Abgesehen von der allgemeinen Idee einer Berücksichtigung des Bevölkerungskriteriums hat Spanien den Wunsch geäußert, mit der gleichen Zahl von Stimmen im Rat ausgestattet zu werden wie die großen Länder – falls Spanien einen seiner beiden Kommissare einbüßen sollte. Bezogen auf die zukünftigen, in Amsterdam noch nicht beschlossenen Entscheidungen, hat Aznar behauptet: „Der Gipfel hat anerkannt, daß Spanien im Rahmen der institutionellen Reform einen Sonderfall darstellt, dessen Behandlung unbedingt noch vor der Erweiterung zu einem angemessenen Ergebnis führen muß. Die Mitgliedstaaten haben eingesehen, daß es notwendig ist, das empfindliche Gleichgewicht, das Spanien bei seinem Beitritt 1986 erreicht hatte, aufrecht zu erhalten. Dieses Gleichgewicht wurde bei der letzten Erweiterung entstellt, indem die reine mechanische Verlegung der Mehrheitsschwelle die traditionellen geographischen und demographischen Gleichgewichte verkannte“.¹¹ Den Erfolg der spanischen Regierung während des Gipfels betonend, stellte Aznar weiter fest: „Es sind Prinzipien festgelegt worden, die bei jedem zukünftigen institutionellen Abkommen, bei jeder Erweiterung respektiert werden. Es hat sich bestätigt, daß der mögliche Verlust eines Kommissars aufgrund der Erweiterung mit einem Ausgleich für die betroffenen Länder kompensiert wird“.¹² Die Betrachtung Spaniens als „Sonderfall“ wird als der „Verhandlungsbasar Spaniens“ für die nächste Etappe dieser komplexen institutionellen Reform dargestellt.

ETA, Kanaren und Gibraltar

Drei weitere Themen wurden bei der Bewertung der Ergebnisse von Amsterdam von der spanischen Regierung sorgfältig betrachtet: das Asylrecht, die Regelungen bezüglich der peripheren Regionen und die Errichtung eines „Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“. Diese Themen wurden als „innere Angelegenheiten“ übersetzt in: Kampf gegen die ETA, Verteidigung der kanarischen Interessen

und die Kontrolle des freien Personenverkehrs zwischen Gibraltar und Spanien. Die Haltung der spanischen Regierung zum Thema Asylrecht hat sich während der Verhandlungen ständig geändert. Gegenüber dem ursprünglichen Antrag zum Verzicht auf das Asylrecht für die Bürger der EU-Mitgliedstaaten kam man im Schlußtext zu einem Ergebnis, welches das vertraglich verankerte Recht auf Asyl bestätigt.

Spanien, Frankreich und Portugal haben die Vertragsreform ausgenutzt, um die Besonderheiten seiner peripheren Regionen hervorzuheben, insbesondere in bezug auf Handels- und Zollpolitik, auf Fiskus und vor allem auf die Voraussetzungen für den Zugriff auf die Strukturfonds. Gemäß der Reformen müssen die Entscheidungen über die oben genannten Themen mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden, was zur Folge hat, daß die betroffenen Länder gezwungen sind, nach Bündnissen zu suchen. Spanien erreichte auch, daß dem Vertrag eine "Erklärung zu den Inselgebieten" angehängt wurde, in der anerkannt wird, daß die Inselgebiete unter strukturellen Nachteilen leiden und ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung durch die Insellage beeinträchtigt wird. Aus dem Bericht des spanischen Parlamentes geht hervor, daß Spanien bei dem Thema "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" das Schengener Abkommen als Richtungslinie betrachtet, um die Angelegenheiten des freien Personenverkehrs und der Immigration zu erleichtern und um die Einhaltung des gesamten aktuellen Erbes des Amsterdamer Vertrages zu garantieren.¹³ Die spanischen Parlamentarier behandeln besonders ein Thema, das auch Aznar nach dem Gipfel besonders hervorhob. Dem Bericht nach „wäre es ratsam, eine Formel zu finden, die die traditionelle Haltung Spaniens im Streitfall Gibraltar bestätigt, was eine unerläßliche Voraussetzung für den freien Personenverkehr ist“.¹⁴ Die Antwort auf diese Sorge liefert die in Amsterdam getroffene Regelung: Einerseits genießen Irland, Großbritannien und Dänemark einen Sonderstatus, der es ihnen erlaubt, das Schengener Abkommen nur teilweise anzuwenden. Andererseits muß ihr möglicher späterer Beitritt einstimmig von den Mitgliedstaaten bewilligt werden. Dieses Thema sprach auch Aznar vor dem spanischen Parlament an: "Besonders in Spanien wird gewährleistet, daß die Kontrollen für den Personenverkehr von Bürgern des Vereinigten Königreichs und anderer Unionsgebiete wie Gibraltar ohne jede zeitliche Einschränkung aufrechterhalten bleiben“.¹⁵ Anders ausgedrückt hat Spanien die Möglichkeit, durch die EU auf das Thema Gibraltar einzuwirken. In diesem Zusammenhang muß man vermerken, daß Spanien im Dezember 1997 bestimmte Entscheidungen des Rates Justiz und Inneres mit dem Argument blockierte, diese Blockaden würden der Souveränität von Gibraltar dienen. Zum gleichen Zeitpunkt blockierte Großbritannien gerade den Beitritt Spaniens in die neue militärische Struktur der NATO. Kurz gesagt: Das Thema Gibraltar hat sich während des letzten Jahres als eine „lästige Angelegenheit“ im Rahmen der europäischen Organisationen gezeigt. Andere Themen – wie zum Beispiel die GASP – erweckten kaum die Aufmerksamkeit der spanischen Unterhändler. Insgesamt deckt sich die spanische Haltung mit den Ergebnissen von Amsterdam. Eine Ausnahme war das Thema WEU, bei dem Spanien eine progressive WEU-Integration in die EU in drei Etappen vorschlug.¹⁶

Beschäftigungspolitik, Währungsunion und Kohäsion

Beim Thema Beschäftigungspolitik zeichnete sich Spanien auf europäischer Ebene besonders aus. Im Gegensatz zu der französischen Regierung, die sich als der Förderer eines sozialen Europas hervortat, hat Spanien sich der Haltung Deutschlands gegen ein Wachstum der öffentlichen Ausgaben angeschlossen. Die staatliche Wirtschaftspolitik war von Anfang an auf die Erfüllung der Konvergenzkriterien ausgerichtet. Daraus folgte eine Politik der Privatisierungen, die – neben der ökonomischen Erholung – 1997 die Daten in allen Bereichen verbessert hat (Schaffung von 340.000 neuen Arbeitsplätzen, eine 2%ige Steigerung bei dem Index der Verbraucherpreise (IPC), Zinsen unter 6%, öffentliche Verschuldung unter 3,2% des BIP). Dadurch hat Spanien bereits die Voraussetzungen für den Eintritt in die Währungsunion erfüllt.

Die spanische Regierung hat ihren Fortschritt auf dem Gebiet der Währung betont, wobei sie sogar aus dem Beitritt zur WWU Kapital geschlagen hat, indem sie diesen als eigene exklusive Leistung bezeichnete. Die Haltung Aznars auf dem Gipfel in Brüssel im Mai 1998, wo er sich den Erfolg des Beitrittes zur Währungsunion selbst zuschrieb, brachte ihm harte Kritiken von seiten der PSOE und vor allem von seiten seiner parlamentarischen Verbündeten ein.¹⁷

Die absolute Priorität der spanischen Regierung für die WWU offenbarte sich, als auf französischen Druck die Fünfzehn zu dem Beschäftigungsgipfel im November in Luxemburg zusammenkamen. Obwohl Spanien und Deutschland vereinbarten, sich gegen jede Maßnahme für eine ausgabenwirksame Beschäftigungspolitik zu wenden, wurde Aznar auf dem Gipfel im Luxemburg ziemlich allein gelassen, als er jede europäische Kontrolle über seine nationale Arbeitsmarktpolitik oder andere Politiken mit zeitlich festgelegten Zielen ablehnte. Dies galt besonders für Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Spanien blieb allein auf diesem Gebiet und erwarb eine „opting out“-Klausel, wodurch das Land sich nicht auf die Beachtung der festgelegten Frist von fünf Jahren für die Senkung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit verpflichten muß.

Die innenpolitischen Kritiken gegenüber dieser Haltung der Regierung waren sehr hart. Aus der sozialistischen Reihen wurde betont, daß sich Spanien zum ersten Mal von einem wichtigen Bereich der europäischen Politik ausgeschlossen hat. Die Regierung ihrerseits rechtfertigte ihre Einstellung mit der ungeheuren Dimension dieses Problems in Spanien: 20% der aktiven Bevölkerung, das heißt, mehr als drei Millionen Personen sind arbeitslos, davon sind Jugendliche (im Alter von 20 bis 24 Jahren sind 28,5% der Männer und 41,6% der Frauen arbeitslos) und Langzeitarbeitslose besonders betroffen. 31,5% der Langzeitarbeitslosen suchen seit über zwei Jahren eine Arbeitsstelle. Der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit in Spanien liegt 10 Prozentpunkte über dem Durchschnitt in der Gemeinschaft. Dagegen stellte die Regierung die Leistungsfähigkeit ihrer Führung dar: 1997 seien 50% der europäischen Beschäftigung in Spanien geschaffen worden. Sie verteidigte ihre Methoden (sozialer Dialog) als Alternative zu den restlichen von der Union angenommenen aktiven Politiken, mit der Begründung, daß nur wirtschaftlicher Fortschritt Arbeit schaffe. Nichtsdestotrotz hat sich Aznar bei jeder Gelegenheit ver-

pflichtet, das Ziel dieses Gipfels zu erfüllen, um auf diese Weise einen voluntaristischen Ton einzuschlagen, auch wenn er konkrete Ziele in dem Bereich eines „opting out“ behandelt. Spanien spielt im „sozialen Europa“ die gleiche Rolle wie es früher Großbritannien getan hat. Jedoch sind die Voraussetzungen anders und man darf nicht vergessen, behauptete Aznar in einem Interview mit der belgischen Zeitung „La Libre Belgique“, daß Spanien neben Deutschland die letzte Bastion der europäischen Rechten ist.¹⁸

Ein wichtiges Zeichen hat die spanische Regierung auch auf dem Währungsgebiet gesetzt, als sie bei der von Frankreich initiierten Ausarbeitung des Stabilitätspaktes Deutschland entscheidend unterstützte. Spanien war in der Rolle eines hervorragenden Schülers zu dem Euro-Gipfel in Brüssel im Mai 1998 gekommen: mit einer niedrigeren öffentlichen Verschuldung als Deutschland oder Frankreich. Aznar verwandelte den Beitritt zur WWU in „seinen historischen Moment“ und hob die Geburt des Euro als historisches Ereignis für Spanien hervor, denn seiner Meinung nach „ist Spanien zum ersten Mal seit längerer Zeit nicht auf der Strecke geblieben“.¹⁹ Diese Art der Aussage zeigt den Willen der derzeitigen Regierung, ein eigenes Bild zu erzeugen, das nicht auf Kontinuität, sondern auf Veränderungen basiert.

Das Bild des Erfolges der Regierung von Aznar kann jedoch nicht verheimlichen, daß aufgrund seiner Interessenvvertretungen Spanien in der Union zukünftig mit harten Verhandlungen konfrontiert wird, besonders zum Zeitpunkt einer Reform des finanziellen Rahmens. Es ist nicht verwunderlich, daß die Parlamentarier, die die spanische Stellungnahme für den Gipfel vorbereiteten, eine Erklärung zur engeren Zusammenarbeit hinzufügen. Sie erklärten: „Jede Flexibilität oder engere Zusammenarbeit solle zwar durchgeführt werden, dabei dürfe es aber nicht zur Errichtung eines „harten Kernes“ kommen, der zur Zersplitterung der Union führen könnte“.²⁰ Im Falle einer solchen Flexibilität appelliert das spanische Parlament an die Solidarität der EU-Partner und erklärt: „Es ist ratsam, die Bewilligung von genügend solidarischen Hilfen für Mitgliedstaaten zu planen, die zwar zu dieser engeren Zusammenarbeit stehen, aber nicht in der Lage sind, sie zu verwirklichen.“²¹ Anders ausgedrückt, der Zweckoptimismus der Währungsunion hat nicht verhindert, daß Aznar eine Zukunft der engeren Zusammenarbeit sieht, an der Spanien nicht immer teilnehmen können wird. „Wir werden in jeder europäischen Institution sorgsam auf den richtigen Gebrauch der Flexibilität achten, damit der Inhalt der Integration weder abgewertet wird noch eine fälschliche Erweiterung durch harte Kerne stattfindet, die manche Mitglieder auf bestimmten Gebieten aufgrund ihrer ökonomischen oder sozialen Entwicklung ausschließen oder benachteiligen könnte.“²²

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Spanischen von Luisa Morillas Pérez, freie Übersetzerin, München.

1 Interview mit dem Botschafter der USA,

Herrn Richard Wagner in Madrid: „Wir werden Spanien helfen, ein Führungsniveau in der NATO zu erreichen, seinem Gewicht als Land entsprechend“, in: La Vanguardia v.

- 4.5.1997, S. 20.
- 2 „Einer Befragung nach sind die Spanier sehr solidarisch, ein wenig patriotisch und kaum militärisch“, in: *El País* v. 7.7.1997, S. 5.
 - 3 Rede José María Aznars vor dem Parlament, vgl. *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados (Pleno)*, 1997, Nr. 127, S. 6663.
 - 4 „China bedankt sich bei Spanien für dessen Haltung in bezug auf das Thema Menschenrechte“, in: *El País* v. 7.5.1998.
 - 5 „Aznar bestätigt, daß im Falle eines Eingreifens im Irak Spanien an der Seite seiner Freunde und Alliierten sein wird“, in: *El País* v. 12.2.1998, S. 2.
 - 6 „Die spanische Regierung bleibt bei ihrer Unterstützung für die USA“, in: *El País* v. 19.2.1998, S. 3.
 - 7 Rede José María Aznars vor dem Parlament, vgl. *Diario de Sesiones del Congreso de los Diputados (Pleno y Diputación Permanente)*, 1997, Nr. 95, S. 4759.
 - 8 „Bericht von der Subcomisión especial de seguimiento, verantwortlich für Studium und Diskussion des offenen Prozesses des CIG(154/000001), zusätzlich zugestimmt von der Comisión Mixta para la Unión Europea bei ihrer Tagung am 29. Mai 1997“, in: *Boletín Oficial de las Cortes Generales (Sección Cortes Generales)*, Serie A, Nr. 89, v. 4.6.1997.
 - 9 Rede Joaquín Almunia vor dem Parlament, in: *Diario de Sesiones*, Nr. 95, a.a.O., S. 4765.
 - 10 „Bericht der Subkomision“, a.a.O., S. 6.
 - 11 *Diario de Sesiones*, Nr. 95, a.a.O., S. 4764.
 - 12 Ebd.
 - 13 „Bericht der Subkommission“, a.a.O., S. 6.
 - 14 Ebd.
 - 15 *Diario de Sesiones*, Nr. 95, a.a.O., S. 4762.
 - 16 „Bericht der Subkomision“, a.a.O., S. 8.
 - 17 „PSOE und CiU beschuldigen Aznar, daß er sich den Erfolg des Beitritts zum Euro selbst zuschreibt“, in: *La Vanguardia* v. 5.5.1998, S. 22.
 - 18 „Aznar betrachtet Spanien, neben Deutschland als die letzte Bastion der europäischen Rechten“, in: *El País* v. 7.6.1997, S. 19.
 - 19 „Aznar mißt den Eintritt Spaniens zum Euro dem Werk seiner Regierung bei“, in: *El País* v. 3.5.1997, S. 48.
 - 20 „Bericht der Subkomision“, a.a.O., S. 10.
 - 21 Ebd.
 - 22 *Diario de Sesiones*, Nr. 95, a.a.O., S. 4764.

Weiterführende Literatur

- Barbé, Esther: Spain, in: Hrbek, Rudolf (Hrsg.): *Die Reform der Europäischen Union*, Baden-Baden 1997, S. 169-174.
- Gillespie, R.: Spanish Protagonism and the Euro-Med Partnership Initiative, in: *Mediterranean Politics 1* (1997), S. 33-48.
- Lázaro Araujo, L.: „España y la UEM. Economía, política e ideología“, in: *Política Exterior 59* (1997), S. 37-52.
- Martin, C.: *Espana en la nueva Europa*, Madrid 1997.
- Ortega, M.C.: La opinión pública española de la seguridad y la nueva OTAN, in: *Política Exterior 59* (1997), S. 63-79.
- Serra, E.: La visión española de la seguridad europea para el próximo milenio, in: *Revista CIDOB d'Afers Internacionals 38-39* (1997), S. 15-22.